

Grußwort der Stadt Essen

Dr. jur. Wolfgang Reiniger, Oberbürgermeister der Stadt Essen, Essen

Das Motto des diesjährigen Steinkohlentags – Steinkohle – Energie und Sicherheit – soll ohne Zweifel in die Zukunft weisen. Zugleich beschreibt es aber auch ein Stück Vergangenheit unserer Region. Denn lange war für uns hier selbstverständlich: Das Ruhrgebiet lebte durch die Kohle und mit der Kohle. Lange Zeit war das Ruhrgebiet, war die Kohle das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, war Kohle ein Synonym für wirtschaftliche Stärke. Kohle bedeutete für die Menschen in den Kohleregionen Arbeit und Wohlstand.

Nun, die Zeiten haben sich geändert. Im Jahr 1959 waren allein in Essen 50 000 Menschen im Bergbau beschäftigt, mehr als die gegenwärtig zusammen 44 000 Beschäftigten in den acht Bergwerken in Nordrhein-Westfalen und zwei Bergwerken im Saarland. Es waren dramatische Anpassungsprozesse, denen sich der Steinkohlenbergbau unterziehen musste.

Und die desolante Situation der öffentlichen Haushalte zwingt immer wieder aufs Neue, das Ausmaß zu überdenken, in dem eine unrentable Steinkohlenförderung noch weitere öffentliche Beihilfen rechtfertigt. Sie alle kennen die Diskussion dieses Sommers und die schon galoppierende Absenkung der Fördermengen: Ausgehend von den bis zum Jahr 2005 gültigen 26 Mill. t über eine von den Beteiligten zunächst angestrebte Absenkung auf 22 Mill. t, die 18 Mill. t der rot-grünen Koalitionsvereinbarung von Düsseldorf bis zu der noch weiter reichenden Reduzierung durch die Bundesregierung auf schließlich 16 Mill. t bis zum Jahr 2012.

All das hat Auswirkungen auf die Situation der Beschäftigten. Das wiederum berührt die Kommunen in den verschiedenen Bergbaugemeinden, zu denen Essen zwar schon lange nicht mehr gehört, die es aber im Norden des Ruhrgebiets nach wie vor gibt, ganz zu schweigen davon, dass die Region insgesamt von einem Rückgang des Bergbaus mit all seinen Folgewirkungen betroffen ist. Energie und Sicherheit – ich greife noch einmal Ihr Motto auf – sind deshalb untrennbar mit den Interessen der Region verbunden.

Sozialverträglich gestalteter Strukturwandel

Dabei wissen wir hier im Ruhrgebiet genau: Es führt kein Weg daran vorbei, die Weichen neu zu stellen. Die Menschen in unserer Region haben

letztlich auch immer wieder ihre hohe Flexibilität und ihre Bereitschaft bewiesen, sich neuen Herausforderungen zu stellen, neue Wege zu beschreiten. So sind inzwischen hier bei uns in Essen rund 75 % aller Beschäftigten im Dienstleistungssektor tätig.

Das Heute zeigt ein gewandeltes Ruhrgebiet, ein Ruhrgebiet, das gleichermaßen stolz ist auf seine bergbauliche Vergangenheit wie auf den in weiten Teilen erfolgreich bewältigten Strukturwandel – stolz darauf, dass bei uns ein breiter gesellschaftlicher Konsens dafür gesorgt hat, diesen Wandlungsprozess mit staatlichen Hilfen sozialverträglich zu gestalten.

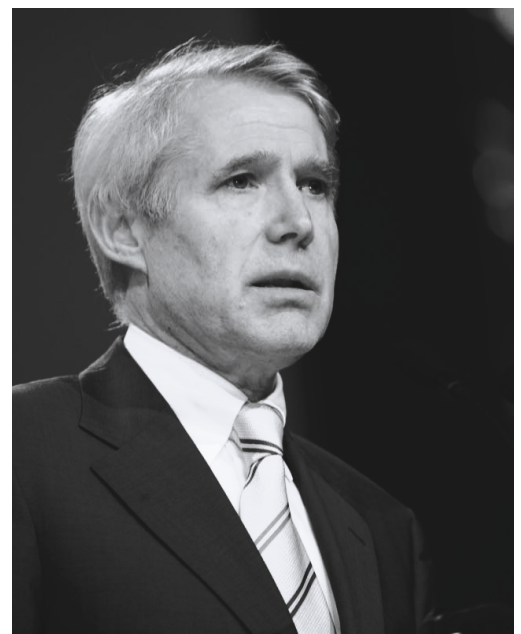
Während in den zurückliegenden Jahrzehnten die Begriffe Ruhrgebiet und Bergbau fast beliebig austauschbar waren, wird man inzwischen ohne zu zögern den Begriff Strukturwandel mit dem Ruhrgebiet assoziieren.

Um diesen Strukturwandel weiter ohne soziale Brüche betreiben zu können, ist es wichtig, dass es keinen abrupten Ausstieg aus der Kohlenförderung gibt, dass die Zusage der Bundesregierung gilt, der Anpassungsprozess könne weiterhin ohne betriebsbedingte Kündigungen stattfinden. Schwierig genug wird das sein.

Gerade den Kommunen muss allerdings daran gelegen sein, weiterhin niemanden ins Bergfreie fallen zu lassen. Nicht jeder ehemalige Bergmann kann noch zum IT-Fachmann umgeschult werden. Und der Sockel der Dauerarbeitslosigkeit, unter dem die Kommunen bereits jetzt leiden, ist inzwischen schon viel zu hoch, als dass die Kommunen weitere Belastungen verkraften könnten.

Gemeindefinanzreform

Und gerade weil das so ist, brauchen wir im Übrigen endlich auch eine Gemeindefinanzreform, die diesen Namen wirklich verdient. Davon sind wir nach meinem Verständnis noch weit entfernt.



Bereits die vom Bundestag beschlossene und im Bundesrat gescheiterte Gemeindefinanzreform bleibt weit hinter dem zurück, was der Städtetag zu Recht gefordert hatte. Wenn die Reform den Städten und Gemeinden im nächsten Jahr zusammen eine Entlastung von 4,5 Mrd. EUR bringen soll, das Defizit der Städte und Gemeinden sich allein in diesem Jahr allerdings bereits auf 10 Mrd. EUR beläuft, ist unschwer zu erkennen, dass es hinten und vorne nicht reicht. Gleichwohl wäre eine Zustimmung des Bundesrats aus meiner Sicht ein Schritt in die richtige Richtung gewesen. So kann ich als Oberbürgermeister einer Stadt wie Essen nur sagen: Ich bin maßlos enttäuscht von dem, was in Berlin passiert. Dies gilt gleichermaßen für die Regierung wie für die Opposition. Und ich kann nur hoffen,

dass sich der Vermittlungsausschuss doch noch auf eine Lösung verständigt, die den Städten wirklich hilft.

Sehen Sie mir bitte nach, dass ich die Anwesenheit der Herren Ministerpräsidenten und mancher Abgeordneten aus den Parlamenten – noch schöner wäre es gewesen, wenn ich jetzt hätte sagen können, auch des Herrn Bundeskanzlers – jedenfalls nutzen wollte, um den Frust eines Oberbürgermeisters einmal loszuwerden.

Zurück zum Thema des heutigen Tags „Steinkohle – Energie und Sicherheit“. Steinkohle steht hier in dieser Region für unsere Vergangenheit, Steinkohle hat – so hoffe ich – bei uns auch Zukunft. In diesem Sinn wünsche ich dem Steinkohlentag 2003 einen guten Verlauf und grüße Sie mit einem herzlichen Glückauf.
